

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Findorff am 04.07.2012 im Jugendzentrum Findorff, Neukirchstraße 23a

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der Sitzung: 22.00 Uhr

Nr.: XI/4/12

Anwesend waren:

Herr Stefan Bendrien
Frau Gönül Bredehorst
Frau Hille Brünjes
Herr Mathias Döhle
Herr Christian Gloede
Herr August Kötter
Frau Heidi Locke
Herr Oliver Otwiaska
Herr Nima Pirooznia (ab 20.45 Uhr)
Herr Peter Reinkendorf
Herr Frank Schmitz
Herr Rolf Steinhilber
Herr Urs Wahl
Frau Anja Wohlers

An der Teilnahme war verhindert:

Herr Peter Puls

Als Gäste konnten begrüßt werden:

Herr Senator Mäurer - Senator für Inneres und Sport
Herr Müller - Polizei Bremen, Polizeipräsident
Herr Backhaus - Polizei Bremen, Polizeiinspektionsleiter Mitte/West
Frau Blanck - Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt, sie lautete wie folgt:

- TOP 1:** Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/3/12 vom 31.05.2012
- TOP 2:** Optimierung des Bürgerservice an Polizeirevieren
hier: Revier Findorff
- TOP 3:** Neue Formen der Jugendbeteiligung
- Bestandsaufnahme, Perspektiven und finanzielle Unterstützung
- TOP 4:** Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten
a) aus der Bevölkerung
b) aus dem Beirat
- TOP 5:** Bericht der Beiratssprecherin
- TOP 6:** Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes
- TOP 1:** **Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/3/12 vom 31.05.2012**
Das o.a. Protokoll wurde genehmigt.

TOP 2: Optimierung des Bürgerservice an Polizeirevieren **hier: Revier Findorff**

Der Vorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die geladenen Gäste Senator Mäurer, Polizeipräsident Müller und Polizeiinspektionsleiter Backhaus, die die Perspektiven der Polizeiarbeit im Stadtteil Findorff heute vorstellten.

Die positive Botschaft stellte Senator Mäurer an den Anfang: der Revierstandort bleibt erhalten. Die Öffnungszeiten sollen jedoch auf zwei Stunden reduziert werden, und von den zurzeit elf KollegInnen werden vier an anderer Stelle stationiert und neuen Aufgaben zugeführt. Hintergrund ist das veränderte Anzeigeverhalten der BürgerInnen, aber auch der zunehmende Personalbedarf in den Deliktfeldern „Raub und Einbruch“. Am Revier verbleiben sollen jedoch der Verkehrssachbearbeiter sowie die Kontaktpolizisten – hier soll es künftig eine zusätzliche Kraft geben. Darüber hinaus soll das Revier mit weiteren Polizeikräften besetzt werden, die allerdings nicht stadtteilbezogen arbeiten.

Die engagierte Diskussion ergab, dass die Bevölkerung unter dem Aspekt der „gefühlten, subjektiven Sicherheit“ die Aufrechterhaltung der jetzigen Öffnungszeiten als Forderung erhob. Gleichzeitig wurde die Sorge geäußert, dass hier sukzessive und scheinbarweise der Revierstandort aufgegeben werden soll. Dies schloss Senator Mäurer für die laufende Legislaturperiode mit Nachdruck aus.

Innerhalb des Beirates verlief die Diskussion differenzierter und es gab unterschiedliche Standpunkte. Seitens der SPD-Fraktion wurde der als Anlage 1 beigefügte Antrag, mit der Änderung „*oder die Stationierung eines Streifenwagens am Revier*“ zu streichen und einzufügen, „*dass zu gegebener Zeit eine Prüfung dieser Maßnahme sicherzustellen ist*“ zur Abstimmung gestellt.

Die Fraktion Die Grünen/Bündnis 90 bat den Antrag dahingehend zu ändern, „*dass zwei zusätzliche Kop's bereitgestellt werden müssen*“.

Die CDU-Fraktion vertrat die Auffassung, dass die Forderung aufgestellt werden sollte, „*die Personalstärke von 11 Beamten beizubehalten sowie dass die Selbstständigkeit des Reviers erhalten bleiben müsse*“ (sh. auch Antrag/Anlage 2).

Nach eingehender Aussprache, kam es zu keiner Beschlussfassung. Der Beirat sprach sich stattdessen auf Vorschlag der LINKEN dafür aus, dass die Fraktionen auf der Grundlage des Vortrags von Senator Mäurer und Polizeipräsident Müller zunächst beraten; für eine Beschlussfassung sind detaillierte Aussagen u. a. über die Frage, wer, wie und wo dann überhaupt die zahlreichen Aufgaben bewältigt werden sollen, nötig. Es wird davon ausgegangen, dass die heute vorgebrachten Diskussionsbeiträge und die Stimmungslage im Stadtteil (sh. auch Tischvorlage des Bürgervereins Findorff e.V./Anlage 3) in die weiteren Planungsprozesse der Polizeiführung einfließen werden und dem Beirat nach den Sommerferien eine neue Diskussionsvorlage präsentiert wird. Anschließend könne dann die Beschlussfassung folgen.

TOP 3: Neue Formen der Jugendbeteiligung

- Bestandsaufnahme, Perspektiven und finanzielle Unterstützung

Gemeinsam mit den Jugendlichen wurde eruiert, welche Erwartungshaltungen es auf beiden Seiten gibt und wie eine konstruktive, vertrauensvolle Zusammenarbeit konkret aussehen könnte. Alle Anwesenden profitierten hierbei von der fachlichen

Begleitung durch Frau Heike Blank. Sie ist Mitarbeiterin im Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt und zählt die Beteiligung Jugendlicher an ortspolitischen Planungs- und Entscheidungsprozessen zu ihren Arbeitsschwerpunkten. In einem Referat gab sie einen Überblick über verschiedene Formen der Jugendbeteiligung und führte dankenswerter Weise moderierend durch den Tagesordnungspunkt.

Es wurde schnell deutlich, dass anstelle der Einrichtung eines Jugendbeirates von den Jugendlichen eine fall- und projektbezogene Unterstützung favorisiert wird.

Nach ausführlicher Diskussion beschloss der Beirat einstimmig aus seinen Globalmitteln 8.000,-- Euro für Jugendprojekte zur Verfügung zu stellen.

Ferner wurde der Antrag auf Kostenübernahme (700,-- Euro) für die Einrichtung eines Infoladens/Workshopraumes im Hause „Magdeburger Straße 17“, den einige Jugendliche der Aktionsgruppe Freizi Findorff (AFF) für ihre Treffen, zur Bildung einer Netzwerkstelle für die verschiedenen Jugendgruppen in Bremen und zur Vorbereitung verschiedener Aktionen - Workshops zu politischen Themen, Konzerte etc. - nutzen werden, einstimmig beschlossen. Hier ist noch die Verantwortlichkeit betr. der haushaltsrechtlichen Abwicklung zu klären.

Alle Beteiligten setzten sich das Ziel, die Zusammenarbeit zu verfestigen. Dem Wunsch, den für Jugendbeteiligung zuständigen Fachausschuss „Stadtteilentwicklung und Bürgerbeteiligung“ zu einem Treffen der AFF einzuladen, wurde seitens der Jugendlichen entsprochen. Der Beirat signalisierte, dass die Jugendlichen selbstverständlich an den öffentlichen Sitzungen des Beirates teilnehmen und sich einbringen können; hierfür könnte auch zu Beginn einer jeden Sitzung der TOP „Anträge und Berichte der Jugendlichen Findorffs“ aufgerufen werden. Der Beirat und das Ortsamt sagten den Jugendlichen auch betr. der Antragstellung auf Finanzmittel (Globalmittel, LAP) die volle Unterstützung zu.

TOP 4: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

a) aus der Bevölkerung

► Beschwerde betr. massiver Lärmbelastigungen (erhöhte dB) anlässlich der ABI-Lounge-Party in Halle 7 am 08.06.2012. Generell wird die Halle oftmals für Party's genutzt; oft einhergehend mit Ruhestörungen.

Das Ortsamt wird sich der Angelegenheit annehmen.

b) aus dem Beirat

► Zum Thema „Beteiligungsverfahren zum Verkehrsentwicklungsplan“ beschloss der Beirat auf Vorschlag der SPD-Fraktion folgenden Antrag, der im Beirat Walle ebenfalls einstimmig verabschiedet wurde:

„Der Beirat Findorff begrüßt ausdrücklich die Absicht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr, die Verkehrspolitik der Stadtgemeinde auf die Basis eines Konzeptes zu stellen, dass die Entwicklung bis 2025 betrachtet und beeinflusst.

Der Beirat Findorff vertritt die Auffassung, dass die Entwicklung eines solchen Konzeptes von einer breit angelegten Bürgerbeteiligung der BürgerInnen und der ortspolitischen Gremien auf Stadtteilebene begleitet und getragen werden muss.

Der Beirat begrüßt Bürgerforen als eines von mehreren geeigneten und notwendigen Möglichkeiten zur Meinungsbildung.

Der Beirat Findorff hält die enge Einbindung der Stadtteilbeiräte bereits im Stadium der Zielbeschreibung für unabdingbar. Diese muss frei von Zeitdruck erfolgen und von fachlicher Beratung begleitet werden.

Die jetzt gewählte Form der Beiratsbeteiligung beurteilt der Findorffer Beirat schon aufgrund der knappen Terminsetzung zur Abgabe einer Stellungnahme als völlig unangemessen – die eingeräumte Fristverlängerung ändert daran nichts.

Der Beirat Findorff nimmt die vorgelegten Zielbeschreibungen zunächst unkommentiert zur Kenntnis und erwartet,

- dass der SUBV gegenüber den Beiräten zu einer angemessenen Beteiligungsform zurückfindet, die der Komplexität des Themas gerecht wird;
- die Befassung der Deputation einstweilen aussetzt.“

► Der Bildungsausschuss sprecher erklärte, dass der Ausschuss sich ausgiebig mit dem Thema „Inklusion/Ausstattung der Oberschule Findorff und der Grundschule Augsburgener Straße“ im Rahmen seiner letzten Ausschusssitzung befasst habe und heute vorschlägt, entsprechende unterstützende Beschlüsse zu fassen:

Nach kurzer Aussprache wurde auf Vorschlag der LINKEN folgender, einstimmiger Grundsatzbeschluss gefasst:

„Der Beirat Findorff unterstützt das Forderungspapier des Schulelternbeirates und fordert die Bildungsbehörde auf, unverzüglich die notwendigen Mittel zur gelingenden Inklusion und der Ganztagsbeschulung auch der behinderten Kinder an der Oberschule Findorff sicherzustellen und dem Beirat Findorff unmittelbar zu Schuljahresbeginn darüber Mitteilung zu machen, wie die Personalstellenverteilung in den Bereichen ist.“

Von Seiten der SPD-Fraktion wurde – wie heute vereinbart – folgender Antrag per E-Mail an die Beiratsmitglieder verteilt, der am nächsten Tage im Netz disputiert werden sollte. Die Absprache ergab Einstimmigkeit. Der Beschluss lautet somit wie folgt:

„Ausbau des Ganztagsbetriebes für den Bereich Wahrnehmung und Entwicklung (W + E) am Standort Oberschule Findorff und mehr Ressourcen für den Standortausbau des Zentrums für unterstützende Pädagogik (ZUP) an der Ganztagschule an der Augsburgener Straße.

Das Ziel, Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln, ist nur mit ausreichend ausgestatteten Ganztagschulen zu erreichen. Der Beirat Findorff ist der Auffassung, dass die Oberschule Findorff sowie die Ganztagschule an der Augsburgener Straße in personeller und materieller Hinsicht nicht hinreichend ausgestattet sind.

Dieser Tatsache sollte durch Gewährung zusätzlicher Lehrerstunden, mehr Stunden für sozialpädagogische Förderung und mehr Betreuungsstunden für Klassenassistenten im W+E-Bereich an der Oberschule Findorff begegnet werden. Weiter befürwortet der Beirat die Vergabe freiwerdender Lehrerstunden und Materialien an dem ZUP-Standort Ganztagschule an der Augsburgener Straße, die durch die Auflösung der Förderzentren frei werden.

Begründung:

Der Ganztagsbetrieb in der Oberschule Findorff muss nach dem jetzigen personellen und finanziellen Stand für den kommenden 8. Jahrgang eingestellt werden. Nach dem Willen der Schulleitung und der Elternschaft soll aber der Ganztagsbetrieb auch für diesen Jahrgang fortgeführt werden. Um dies kurzfristig realisieren zu können, wurde intern eine Streckung der Mittel zu

Lasten der Kurs-Angebote in den Klassen 5 bis 7 vorgeschlagen. Dies hat jedoch zur Folge, dass Kursangebote für die Jahrgänge 5 bis 7 ersatzlos gestrichen werden müssten.

Als weitere Folge des ausgesetzten Ganztagesbetriebes müssten die W+E-Kinder ab dem 8. Jahrgang in den Halbtagsbetrieb wechseln und damit deutlich früher nach Hause. Neben dem Verlust lernintensiver Betreuung für die Kinder stellt dies auch berufstätige und arbeitssuchende Eltern zum Teil vor schwer lösbare Aufgaben.

Der Beirat unterstützt daher uneingeschränkt die Forderungen der Schulelternsprecher der Oberschule Findorff nach zusätzlich 2 Lehrerstunden, zusätzlich 10 Stunden Sozialpädagogische Förderung und zusätzlich 8 Stunden Klassenassistenten pro Jahrgang (sh. Schreiben vom 14.06.2012 an die Bildungssenatorin).

Weiter sieht der Beirat für den ZUP-Standort Ganztagschule an der Augsburger Straße einen Bedarf an mehr Stunden für ZUP-Verwaltungsaufgaben; diese beinhalten größtenteils Diagnostik und Förderkonzepte für die betroffenen Schüler. Die zusätzlich 2 Stunden gewährte Zeit pro Woche für ZUP-Verwaltungsaufgaben reicht bei weitem nicht aus. Weiter fehlt es hier an ganz alltäglichen Mitteln wie Hygiene- und Reinigungsmittel, die zum Teil von den KollegInnen z. Zt. selbst finanziert werden. Unter diesen Rahmenbedingungen ist ein qualitativ guter Aufbau des ZUP-Standorts Augsburger Straße nicht möglich. Daher fordert der Beirat eine ausreichende Ausstattung in personeller und materieller Hinsicht.“

TOP 5: Bericht der Beiratssprecherin

Die Beiratssprecherin, Frau Locke, berichtete, dass in der gestrigen Beirätekonferenz u.a. folgende Themen beraten wurden:

- Geplante Veränderung der Müllgebührenordnung, die zum 01.01.2014 in Kraft treten soll.

- Für die Mitarbeit im Kommunalverbund Niedersachsen-Bremen wurden gewählt: Herr Frau Heike Sprehe, Herr Wolfgang Haase und Herr Stefan Markus.

- Als neues Mitglied für den Stifungsrat wurde Frau Lisa Wagalla gewählt.

Anlässlich der letzten Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte wurden u.a. die Themen:

- Jugendbeteiligung/Referat durch Frau Heike Blanck,

- Zusammenarbeit mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (eine Beteiligung des Beirates bei einer evtl. Entwicklung des Gebietes „Plantage“ wurde zugesagt), beraten.

Der stellvertretende Sprecher des Beirates, Herr Kötter, berichtete über die Beirätekonferenz vom 25.06. anlässlich derer sich darauf verständigt wurde, dass die Jugendbeiräte zukünftig mit zwei VertreterInnen an der Sitzung – stimmberechtigt - teilnehmen dürfen. Herr Gloede schlug dazu vor, in naher Zukunft einen entsprechenden Antrag zu formulieren, dass die Findorffer Jugendlichen, die ja nicht in einem Jugendbeirat organisiert sind, auch die Chance erhalten sollten, an den Sitzungen teilzunehmen.

Zum Thema „Richtlinie über die Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr mit den Beiräten und Ortsämtern“ wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen Vorschlag erarbeiten wird.

Die Seniorenvertretung stellte den Antrag auf ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied. Der Beirat Findorff möge heute dazu Stellung beziehen. Absprache: Tendenziell vertritt der Beirat Findorff die Auffassung, dass die Seniorenvertretung

weiterhin mit nur einem stimmberechtigten Mitglied an der Beirätekonzferenz teilnehmen sollte.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Es lag nichts vor.

Vorsitzender:

Sprecherin:

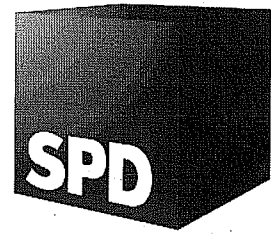
Protokollantin:

- Mester -

- Locke -

- Rohlf -

Anlagen



Findorff, 29. Juni 2012

Antrag für die Beiratssitzung am 04.07.2012

Optimierung des Bürgerservices an Polizeirevieren

Der Stadtteilbeirat Findorff möge beschließen:

Der Beirat Findorff teilt die Auffassung des Innenressorts, dass die vorhandenen Personalkapazitäten der Polizei bedarfsgerecht und schwerpunktorientiert eingesetzt werden müssen.

Der Beirat ist gleichzeitig der Auffassung, dass die Existenz eines Reviers für das gewachsene Findorffer Gemeinwesen unabdingbar ist.

Der Beirat begrüßt daher die Entscheidung, den Revierstandort Findorff zu erhalten und um einen weiteren KOP zu verstärken.

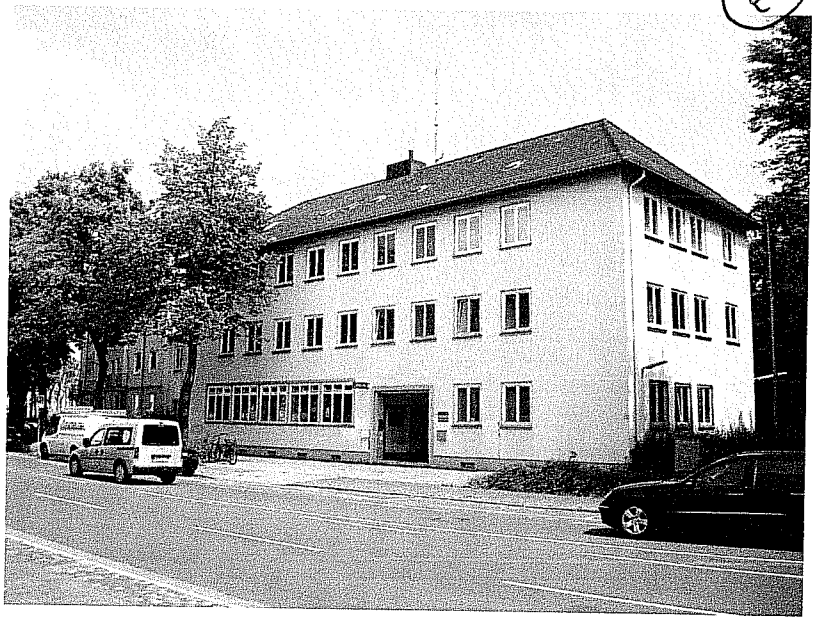
Die Rahmenbedingungen für die Polizeiarbeit in Findorff müssen nach Affassung des Beirates jedoch bürgerfreundlicher gestaltet werden.

In diesem Zusammenhang fordert der Beirat eine Erweiterung der Öffnungszeiten für vier statt zwei Stunden ~~oder die Stationierung eines Streifenwagens am Revier.~~

Für die Fraktion der SPD
im Stadtteilbeirat Findorff

Gönül Bredehorst, Hille Brünjes, Heidi Locke, Frank Schmitz, Urs Wahl

Eine halbierte Reviermannschaft kann den jetzigen Sicherheits- standart in Findorff nicht halten!



Ist das Findorffer Polizeirevier bald eine Zweigstelle des Waller Reviers?

Kurze Personalentwicklung des Findorffer Reviers:

Vor der Polizeireform waren in Findorff bis zu **40 Beamte** eingesetzt.
Mit der Polizeireform im Jahre 2005 ist die Stärke auf **15 Beamte** reduziert worden.
Anfang 2011 betrug die Personalstärke im Revier noch **14 Polizisten**.
Bis zum Juli 2012 ist die Reviermannschaft auf **11 Beamte** geschrumpft. Drei
Beamte, die in den Ruhestand gegangen sind, wurden nicht ersetzt.
Nach den Vorstellungen des Innensenators soll die vorhandene Mannschaftsstärke
auf **7 Beamte** heruntergefahren werden.

Damit ist die Personalstärke des Reviers nach der Reform **innerhalb von 7 Jahren**
auf **46,67 % gesunken**.

Damit der derzeitige Sicherheitsstandart im Stadtteil annähernd gehalten werden
kann, fordert der Findorffer Beirat:

1. Die derzeitige Personalstärke des Reviers mit 11 Beamten darf nicht unterschritten werden.
2. Das Revier ist jeweils für 2 Stunden am Vormittag und Nachmittag für den Bürgerservice zu öffnen, damit der Bürger sich vor Ort in allen Angelegenheiten direkt an den Beamten wenden kann.
3. Ein Streifenwagen ist am Revier zu stationieren, damit die verkleinerte Reviermannschaft schneller und flexibler auf schwierige Situationen im Stadtteil reagieren kann.
4. Die Selbstständigkeit des Reviers ist zu erhalten. Ein Stadtteil mit 26.000 Einwohnern braucht ein eigenständiges Revier, das sich speziell auf die Sicherheitsbedürfnisse des Stadtteils unmittelbar einstellen kann.

August Kötter, Oliver Otwiaska, Peter Puls (CDU-Fraktion)



Die Polizei muss in Findorff bleiben

Um es gleich vorweg zu sagen: Der Bürgerverein Findorff e.V. kann sich seinen Stadtteil ohne Polizei nicht vorstellen! Die erfolgreichen Umfrageergebnisse der vergangenen Jahre hinsichtlich der Zufriedenheit und der „gefühlten Sicherheit“ in Findorff dürfen sich nicht verschlechtern.

Hintergrund:

Der Senator für Inneres und Sport, Ulrich Mäurer, hat gemeinsam mit Polizeipräsident Lutz Müller einen Konzeptvorschlag zur Neuorganisation von Polizeistandorten vorgelegt.

Die Polizei hat nun einen Vorschlag zur Neuorganisation der Reviere an drei Standorten vorgelegt. **Für Findorff** sieht das Konzept im Detail vor:

- der Revierstandort bleibt erhalten
- die Öffnungszeiten werden so reduziert, **dass an zwei Stunden täglich eine feste Bürgersprechstunde** angeboten wird
- im Gegenzug bekommt der Stadtteil **einen zusätzlichen Kontaktbereichs-polizisten (KOP)**
- am Standort Findorff wird zudem vorgeschlagen, die Leitung der Polizeiinspektion Mitte/West und weitere Polizeieinheiten unterzubringen.

Forderungen des Bürgervereins Findorff e.V.:

- Wir wollen, dass das **Polizeirevier in Findorff** bleibt !
- Wir wollen, dass die „gefühlte Sicherheit“ in Findorff sichtbar gewährleistet ist. Dazu ist es aus unserer Sicht auch erforderlich, dass **ein Streifenwagen** an dem Revier stationiert ist.
- Wir brauchen weiterhin ganztägige Öffnungszeiten.
- Wir wollen auch in Zukunft unsere Vereinsaktivitäten mit der Unterstützung unserer Polizei durchführen können (Laternenumzug, Torfhafenfest etc.).

Für den Vorstand des Bürgervereins Findorff e.V.

Birgit Busch (1.Vorsitzende)